

Liebe Leserin, lieber Leser,

am vergangenen Sonnabend ist der Stadtverbandsvorstand neu gewählt worden. Wir gratulieren den neu gewählten Vorsitzenden und Mitgliedern des Stadtverbandsvorstandes und freuen uns auf die Zusammenarbeit.

Mit dem neuen Vorstand gehen wir als Ratsfraktion an die Arbeit. Die Anträge, die der Parteitag beschlossen hat, sind eine gute Grundlage. Unser gemeinsames Ziel ist es, bei den Kommunalwahlen im kommenden Jahr die stärkste Partei in Hannover zu werden und weiterhin die stärkste Fraktion im Rat und in den Bezirksräten zu stellen.

Eine interessante Lektüre wünscht
Lars Kelich, Fraktionsvorsitzender

Beratende Mitglieder des Stadtverbandsvorstands

Der Stadtverbandsvorstand entsendet jeweils fünf beratende Mitglieder in unsere Fraktion, die auch über Stimmrecht verfügen. Bei seiner Konstituierung am 16. Januar hat der Stadtverbandsvorstand als stimmberechtigte Mitglieder gewählt: die beiden Vorsitzenden Ulrike Strauch und Adis Ahmetovic, Séverine Jean, Knud Hendricks und Thilo Scholz.

Freiraumentwicklungskonzept „Stadtgrün 2030“

Der Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen hat in dieser Woche die Vorlage „Stadtgrün 2030 – ein Freiraumentwicklungskonzept für Hannover“ behandelt. Beschlossen wurde ein auf unsere Initiative hin entwickelter Änderungsantrag der Ampel-Partnerschaft, das sehr umfangreiche Konzept nach einer von der SPD-Fraktion beantragten Expertenanhörung zur Überarbeitung an die Verwaltung zurückzugeben. Die Inhalte des Freiraumkonzeptes wurden von allen zu Recht gelobt, allein zur besseren Lesbarkeit wird eine übersichtlichere Darstellung der vielen geplanten Projekte gefordert, aus der auch eine Priorisierung und ein zeitlicher Umsetzungsrahmen abzulesen ist. Außerdem sollen die Ergebnisse und Anregungen der Anhörung, wie z.B. eine bessere regionale Vernetzung, mit aufgegriffen werden. Übrigens: Die Forderung nach einem Freiraumkonzept wurde entwickelt im Bürger*innendialog „Mein Hannover 2030“, den OB Stefan Schostok entwickelt hatte.

Im Freiraumkonzept wird der Umgang mit allen Flächen beschrieben und festgelegt, die nicht bebaut oder als Straße, Rad- und Fußweg oder Parkplatz den Boden versiegeln. Damit unterliegen fast 50 Prozent des Stadtgebiets dem Freiraumkonzept. In den Beschreibungen und Maßnahmen stecken viele Ideen und Vorstellungen, die vor allem für die Arbeit der Stadtbezirksräte interessant sein könnten.

Umsetzung unserer Anträge

Der Bauausschuss hat am Mittwoch die Einführung einer **Stellplatzsatzung** beschlossen, deren Erstellung wir als SPD mit unseren Partnern Grüne und FDP zum letzten Haushalt beauftragt haben. Diese Satzung sorgt dafür, dass teure Tiefgaragen nur noch zum Teil oder gar nicht gebaut werden müssen. Das wiederum führt zu einer massiven **Senkung der Baukosten**, die sich letztlich auch auf die Mietpreise auswirkt. Die Stellplatzsatzung ist demnach ein **indirektes Förderprogramm für bezahlbares Wohnen**.

Vorgesehen ist, dass grundsätzlich Bauträger in der Innenstadt einen Stellplatzschlüssel von 0,5 PKW pro Wohnung, in innenstadtnahen Statteilen 0,6 PKW und in peripheren Stadtteilen 0,8 PKW pro Wohnung nachweisen müssen. Bisher musste 1 Stellplatz pro Wohnung nachgewiesen werden. Aufgenommen in die Satzung ist auch ein Passus, dass bei einem innovativen Mobilitätskonzept ein weiterer Nachlass des Stellplatznachweises möglich ist. Für geförderte Wohnungen gilt nach der neuen Regelung sogar nur noch ein Stellplatzschlüssel von 0,2 PKW pro Wohnung.

Unterstützung für die IGS Badenstedt

Der Schul- und Bildungsausschuss hat in dieser Woche die erste konkrete Maßnahme im Rahmen Programms für Schulen mit besonderen Herausforderungen beschlossen, das wir angestoßen haben. Als erste Schule erhält die IGS Badenstedt 97.200 Euro zur Unterstützung des digitalen Unterrichts und für die Ausgestaltung eines Ruhebereichs.

Alle acht Schulen, die an dem Programm beteiligt sind, erarbeiten derzeit Konzepte, die die Grundlage für Unterstützungsmaßnahmen bilden. Für das Programm „Schulen mit besonderen Herausforderungen“ haben wir insgesamt 750.000 Euro für die Jahre 2019 und 2020 bereitgestellt.

Veranstaltung zum Medienentwicklungsplan

Digitalisierung spielt im Bildungsbereich eine immer größere Rolle. Die Stadt Hannover hat bereits 2015 den Medienentwicklungsplan beschlossen, um die Digitalisierung im Bildungsbereich voranzubringen. Nach Abschluss der Projektphase soll der Medienentwicklungsplan nun auf immer mehr Schulen übertragen werden.

Daher laden wir als SPD-Ratsfraktion zu einer Informationsveranstaltung zu folgenden Fragen ein: Was ist der aktuelle Stand des Medienentwicklungsplans und des Digitalpakts Schule in Hannover? Wie geht es weiter? Wie ist die Position der AG Schule und Bildung der SPD-Ratsfraktion?

Die Veranstaltung zum Medienentwicklungsplan findet statt am **Mittwoch, 22. Januar 2020, 18.30–20 Uhr im Gobelinsaal des Neuen Rathauses**.

Bitte gebt uns aufgrund der begrenzter Raumkapazität eine **Rückmeldung bis zum 21. Januar** unter spd@hannover-stadt.de, wenn ihr kommen wollt.

Impressum

Herausgeberin: SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover, Friedrichswall 15, 30159 Hannover, spd@hannover-stadt.de, www.spdratsfraktionhannover.de.
V.i.S.d.P.: Dr. Marc-Dietrich Ohse, Lars Kelich.